

Was will Deutschland am Hindukusch? Hilfsorganisationen fordern grundlegenden Kurswechsel in der Afghanistan-Politik

Statement

**Jürgen Lieser, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik
deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)**

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren,

seit den Terroranschlägen vom September 2001 versucht der Westen in Afghanistan mit massivem militärischem Einsatz, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Ziel ist es, das Land zu befrieden, eine demokratische Entwicklung und den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau voranzubringen. Zurzeit befinden sich hierfür rund 100.000 ausländische Soldaten aus über 40 Nationen im Land. Der Einsatz ist nicht nur mit immensen Kosten verbunden, sondern hat auch schon vielen jungen Soldaten das Leben gekostet.

Die Bundesregierung schickt aber nicht nur Soldaten zum Zweck der Aufstandsbekämpfung und Befriedung des Landes nach Afghanistan. Auch die zivile Aufbauhilfe und die Stärkung der afghanischen Regierungsinstitutionen spielen eine wichtige Rolle. Zudem soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes gefördert werden. In der Afghanistan-Strategie der Bundesregierung heißt das „Vernetzte Sicherheit“, im NATO-Jargon „Comprehensive Approach“.

Wenn in Deutschland über Afghanistan gesprochen wird, dann geht es vor allem um den Einsatz der Bundeswehr. Das liegt zum einen daran, dass der Deutsche Bundestag jedes Mal neu entscheiden muss, wie lange der Einsatz gehen soll, wie viele Soldaten nach Afghanistan geschickt werden und wann ein Abzug der Streitkräfte möglich ist. Das Engagement ziviler Hilfsorganisationen, die ebenfalls unter hohem Risiko in Afghanistan arbeiten, tritt demgegenüber meist in den Hintergrund. In dieser Wahrnehmung spiegelt sich auch das Missverhältnis zwischen dem militärischen und dem zivilen Aspekt des Afghanistan-Einsatzes wieder. Immerhin wird jetzt auch im politischen Sprachgebrauch von „Krieg“ gesprochen. Das ist zwar nicht ausschlaggebend für die Debatte, bringt aber ein Stück mehr Ehrlichkeit in die Diskussion. Dies ist vor allem gegenüber den Soldaten wichtig, die in Afghanistan täglich ihr Leben riskieren. Sie, die Soldaten, haben schon längst begriffen, dass sie keine „Entwicklungshelfer in Uniform“ sind, die Brunnen bohren und Schulen bauen dürfen.

Doch selbst die Entwicklungshelfer – einheimische und internationale – werden in Afghanistan zunehmend Opfer gewaltsamer Übergriffe. Vor dem Hintergrund dieser Situation stellt sich nun die Frage: „Was will Deutschland am Hindukusch? Und hat sich die bisherige Afghanistan-Strategie bewährt?“ Die Antwort auf die erste Frage hat Peter Struck 2002 mit seinem berühmten Zitat auf den Punkt gebracht: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“. Etwas eleganter formuliert, steht es im aktuellen Afghanistan-Konzept der Bundesregierung: „Ein stabiles Afghanistan liegt im genuinen deutschen Interesse“. Mit dem Bündnispartner USA und im Rahmen der NATO kommen im Falle von Afghanistan zweifellos weitere geostrategische und außenwirtschaftliche Eigeninteressen mit ins Spiel.

Die zweite Frage nach den Ergebnissen der Afghanistan-Strategie erschließt sich - zumindest von Regierungsseite - nicht so eindeutig. VENRO hat dagegen in der Vergangenheit bereits mehrfach auf bedenkliche Fehlentwicklungen hingewiesen. Nach unserer Einschätzung hat die internationale Gemeinschaft trotz vielfältiger Anstrengungen die bisherigen militärischen und politischen Ziele nicht erreicht. Die Afghanistan-Strategie droht zu scheitern. Auch wenn nach dem Sturz der Taliban Erfolge zu verzeichnen sind, etwa bei der Gesundheitsversorgung, der politischen Mitsprache von Minderheiten oder der Schul- und Berufsbildung, so fällt die Bilanz des internationalen Engagements aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen negativ aus.

Lassen Sie mich dieses kritische Urteil an einigen **Beispielen** konkret machen:

Vom Ziel eines stabilen Afghanistans sind wir heute weit entfernt. Das wird auch in NATO-Kreisen nicht bestritten. Die militärischen Auseinandersetzungen und die dadurch verursachten zivilen Opfer nehmen zu. Die Sicherheitslage für die Zivilbevölkerung hat sich – auch im Verantwortungsbereich der Bundeswehr im Norden Afghanistans – dramatisch verschlechtert. Durch die hohen zivilen Opferzahlen bei Militäraktionen wird das Gegenteil von Aufstandsbekämpfung bewirkt: der Zorn gegen die Besatzer wächst, junge unzufriedene Afghanen schließen sich bewaffneten Widerstandsgruppen an.

Wir warnen seit langem vor den negativen Folgen einer Vermischung von ziviler und militärischer Hilfe, wie sie in Afghanistan beispielsweise in Form der Regionalen Wiederaufbauteams (PRT) praktiziert wird. Durch die unklare Grenzziehung zwischen dem humanitären Mandat von Hilfsorganisationen und dem politischen Mandat von Streitkräften wird die Unabhängigkeit der Nichtregierungsorganisationen in Frage gestellt und damit auch ihre Sicherheit gefährdet. Humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe dürfen nicht zu Instrumenten der Aufstandsbekämpfung gemacht werden.

Die massiven Manipulationen bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen stellen nicht nur die Legitimität der Regierung Karsai in Frage, sondern sie werfen auch ein grelles Licht auf den desaströsen Zustand der afghanischen Macht- und Regierungsstrukturen. Dass die alten korrupten Machteliten, die Drogenhändler und die Führer der bewaffneten Milizen nach wie vor in höchsten Regierungsämtern sitzen, ist einer der unverzeihlichen Fehler, die man dem Westen vorhalten muss.

Der Schutz der Menschenrechte und die Durchsetzung von rechtsstaatlichen Prinzipien durch die afghanische Regierung bleiben immer noch weit hinter den Erwartungen zurück. Vor allem Mädchen und Frauen sind erheblich in ihren Rechten eingeschränkt und zu wenig gegen Menschenrechtsverletzungen geschützt. Das Gesetz zum Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist immer noch nicht verabschiedet.

Afghanistan ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt. Trotz erheblicher Mittel für die Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit, die in den letzten Jahren ins Land geflossen sind. Die Mittel, die für den zivilen Aufbau in Afghanistan bereitgestellt werden, entsprechen nur einem Bruchteil dessen, was Deutschland für den militärischen Einsatz ausgibt.

Strategiewechsel gefordert

Angesichts dieser Entwicklungen fordert VENRO von der Bundesregierung einen Strategiewechsel in Afghanistan, der dem zivilen Aufbau Vorrang vor dem Einsatz militärischer Mittel einräumt. Zudem fordern wir:

Unter allen Umständen den Schutz und die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung zu gewährleisten. Das Humanitäre Völkerrecht, das den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten verbindlich regelt, darf nicht durch unverhältnismäßige Mittel und Formen der Kriegsführung ausgehöhlt werden.

Die schädliche und irreführende Vermischung von zivilen und militärischen Aufgaben ist endlich zu beenden. Weder dürfen Streitkräfte selbst eigene zivile Hilfsprojekte durchführen, noch dürfen Hilfsorganisationen für militärische oder politische Ziele vereinnahmt oder instrumentalisiert werden.

Mittelfristiges Ziel muss es sein, alle ausländischen Truppen aus Afghanistan abzuziehen und dem Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes wieder volle Geltung zu verschaffen. Deshalb muss der Diskussionsprozess über eine Exitstrategie, der auf politischer Ebene bereits begonnen hat, auch in Deutschland intensiv geführt werden.

Die Mittel für die Humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe müssen deutlich aufgestockt werden. Allerdings reicht eine nur quantitative Erhöhung nicht aus. Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich konsequent nach dem Bedarf ausrichten. Die bestehende Unterordnung unter militärische und politische Prioritäten ist zu beenden.

Gleichzeitig muss die Wirksamkeit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit für Afghanistan dringend verbessert werden. Die Geberstaaten sollten, statt Projekte mit kurzfristiger Zielsetzung zu fördern, Projekten der nachhaltigen Armutsbekämpfung Priorität geben. Dazu gehören insbesondere die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung, Capacity Building, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verlagerung der Förderschwerpunkte von den Städten in die ländlichen Gebiete.

Die demokratischen Grundrechte, insbesondere Frauenrechte und Pressefreiheit in Staat und Gesellschaft, müssen endlich durchgesetzt, die demokratische Teilhabe muss verbessert und das zivilgesellschaftliche Engagement zur Veränderung von politischen Strukturen muss stärker unterstützt und in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Berlin, den 24. November 2009